



### Presseschau vom 17.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### Außer der Reihe – Lesetipps:

##### **Andrej Koz: Eine auf Angriff gespitzte Strategie: US-Weltraumtruppe will Erdorbit erobern**

Die amerikanische Space Force hat ihre Doktrin nunmehr offiziell veröffentlicht. Die Mission der neuen Teilstreitkraft der USA ist laut Experten durch und durch aggressiv. Das Ziel ist die totale Kontrolle über den erdnahen Orbit. ...

<https://sptnkne.ws/Dvrj>

##### **Natalia Pawlowa: EU-Sanktionen gegen Weißrussland werden den Beziehungsvektor von Brüssel nach Moskau umleiten**

Die EU leitet wegen der Situation in Weißrussland (Belarus) nach der Präsidentschaftswahl neue Sanktionen gegen Staatschef Alexander Lukaschenko und seine Unterstützer in die Wege. Experten sehen darin eine mögliche Umorientierung Weißrusslands nach Russland. ...

<https://sptnkne.ws/DvxX>

##### **de.sputniknews.com: Weltweit erster Corona-Impfstoff: Vize-Chef des Entwicklerinstituts im Sputnik-Interview – Teil 2**

Einzigartige Technologie oder grober Verstoß gegen internationale Standards? Im zweiten Teil des Interviews spricht Vize-Chef des Gamaleya-Instituts, Denis Logunow, über die Kontroversen um den russischen Corona-Impfstoff Sputnik V. ...

<https://sptnkne.ws/Dv7c>

**abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **EU-Topdiplomats Borrell: USA zu Wiedereinsetzung von Iran-Sanktionen nicht berechtigt**

Eine Sprecherin des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell hat am Sonntag die Absicht des US-Präsidenten Donald Trump kommentiert, in den kommenden Tagen die Wiedereinsetzung der Sanktionen gegen den Iran zu erzwingen.

Trump kündigte am Samstag (Ortszeit) an, den sogenannten Snapback-Mechanismus (dt: zurückschnappen) auslösen zu wollen, der in dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) von 2015 mit Teheran enthalten ist. Die Klausel gibt den Staaten des Abkommens die Möglichkeit, iranische Verstöße gegen die Vereinbarungen vor dem UN-Sicherheitsrat anzuprangern und schließlich die Wiedereinsetzung aller internationalen Sanktionen aus der Zeit vor der Einigung zu erzwingen – ohne, dass dies durch ein Veto anderer Mitglieder verhindert werden könnte.

Die Borrell-Sprecherin wies jedoch darauf hin, dass die Vereinigten Staaten sich im Mai 2018 einseitig aus dem Abkommen zurückgezogen und seither nicht mehr daran beteiligt hätten. Sie könnten nun nicht als Teilnehmer betrachtet werden.

„Deshalb sind wir der Auffassung, dass die USA nicht in einer Position sind, auf Mechanismen zuzugreifen, die JCPOA-Teilnehmern vorbehalten sind (wie der sogenannte Snapback)“, sagte sie auf Anfrage.

Man nehme das „deutliche Ergebnis“ der Abstimmung im Sicherheitsrat zur Kenntnis. Sie betonte, dass das UN-Waffenembargo der entsprechenden UN-Resolution zufolge im Oktober auslaufe. Dies sei damals Teil des Gesamtpakets gewesen.

Zuvor hatten auch der iranische Präsident Hassan Rohani und der Außenminister des Landes, Mohammed Dschawad Sarif, die Pläne Washingtons, Sanktionen im Rahmen des Atomdeals wieder einzusetzen, abgelehnt. Dieser Schritt wäre illegal, die USA hätten kein Recht auf die Anwendung der im Abkommen vorgesehenen Mechanismen. ...

rusvesna.su: **Tichanowskaja bereitet sich darauf vor, sich zur Präsidentin von Belarus zu erklären**

Swetlana Tichanowskaja, die Hauptkonkurrentin von Alexander Lukaschenko bei den Präsidentschaftswahlen in Belarus, beabsichtigt, sich zur Präsidentin zu erklären.

Danach werde der Westen sie in dieser Eigenschaft erkennen.

Die polnische Ausgabe von Rzeczpospolita wurde von der Vertreterin des Hauptquartiers von Tichanowskaja, Anna Krasulina, darüber informiert.

Tichanowskaja, die jetzt in Litauen ist, bereitet eine besondere Erklärung vor, in der sie ihren Sieg bei den am 9. August abgehaltenen Präsidentschaftswahlen erklären wird.

„Wir erwarten, dass der Westen die Wahl des belarussischen Volkes akzeptiert und den Sieg von Tichanowskaja anerkennt“, sagte Krasulina.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/tihanovskaya.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/tihanovskaya.jpg)

de.sputniknews.com: **Lawrow und Pompeo erörtern Plan für Gipfeltreffen zu Iran**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow und der US-Außenminister Mike Pompeo haben während eines Telefonats ihre Meinungen zum Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgetauscht, ein Treffen der Staatschefs der „Fünf“ des UN-Sicherheitsrates, Deutschlands und des Irans abzuhalten. Dies teilt das russische Außenministerium mit. Präsident Wladimir Putin erklärte am Freitag, Russland sei weiterhin voll und ganz dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) zur Regelung der Situation um das iranische Atomprogramm verpflichtet. Putin schlug vor, in nächster Zukunft ein Online-Treffen der Oberhäupter der ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs Deutschlands und des Irans abzuhalten, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden.

„Die Leiter der Außenministerien tauschten ihre Meinungen zum Vorschlag des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, aus, ein Treffen der Staatschefs der ständigen Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrates, Deutschlands und des Irans im Zusammenhang mit der Eskalation der Diskussionen über die iranische Frage abzuhalten, um Wege für eine zuverlässige Sicherheit in der Region des Persischen Golfs unter Berücksichtigung der Bedenken aller interessierten Seiten zu finden“, heißt es in der Mitteilung des russischen Außenministeriums.

Außenminister Lawrow bekräftigte außerdem die Unterstützung Russlands für die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates, mit der die internationale Rechtsgrundlage für die Umsetzung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans für die Regelung des iranischen Atomprogramms (JCPOA) geschaffen wurde.

„Die russische Seite bekräftigte ihre uneingeschränkte Unterstützung der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates, mit der die internationale Rechtsgrundlage für die Umsetzung des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans zur Beilegung des iranischen Nuklearprogramms (JCPOA) geschaffen wurde. Sergej Lawrow betonte, dass der Abschluss dieses Abkommens im Jahr 2015 eine große politisch-diplomatische Errungenschaft geworden sei, die auf die Stärkung des Regimes der Nichtverbreitung von Atomwaffen und der regionalen Sicherheit in der Region des Nahen Ostens gerichtet sei“, heißt es auf der Website des russischen Außenministeriums.

Lawrow und Pompeo besprachen auch einen Zeitplan für bilaterale Kontakte zwischen Moskau und Washington für die nächste Zukunft.

„Der Zeitplan für bilaterale Kontakte für die nächste Zukunft wurde ebenfalls erörtert“, heißt es in der Mitteilung.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32496/48/324964870\\_0:11:3048:1660\\_1000x541\\_80000\\_fdbef2a2aaa5afc45b3963fe64f6ab8.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32496/48/324964870_0:11:3048:1660_1000x541_80000_fdbef2a2aaa5afc45b3963fe64f6ab8.jpg)

### de.sputniknews.com: **EU-Länder sollen Bürger in Belarus zur „Samtrevolution“ ermutigen – Babis**

Nach Ansicht des tschechischen Regierungschefs Andrej Babis sollte die EU die Bürger in Belarus dazu bewegen, einen Regimewechsel nach dem Vorbild der Samtrevolution von 1989 zu wagen.

„Was 1968 in unserem Land geschah, darf nicht in Belarus passieren“, so Tschechiens Ministerpräsident.

Deshalb rief Babis auch die übrigen Visegrad-Staaten und die baltischen Länder dazu auf, aktiver in dieser Situation zu handeln. ...

### rusvesna.su: **Die Ukraine initiierte eine Erklärung zu Belarus in PACE**

In der Europäischen Parlamentarischen Versammlung (PACE) brachte die ukrainische Delegation eine Erklärung zu den Ereignissen in Belarus ein. Dies erklärte der Leiter der ständigen Delegation der Werchowna Rada bei PACE Elisaweta Jasko.

„Ich habe eine belarussische Erklärung initiiert - ein Dokument, in dem wir die Ereignisse im Nachbarland bewerten und einen Ausweg aus der aktuellen Situation bieten“, informiert Jasko.

Ihrer Ansicht nach werde die Erklärung von der Mehrheit der Mitglieder der ukrainischen Delegation bei PACE sowie von den ausländischen Partnern der Ukraine unterstützt, die sich Sorgen um Freiheit und Demokratie in Belarus machen - dies sind die Delegationsleiter von Estland, Maria Juferewa-Skuratowski, Lettland, Inese Libin-Egner, Litauen, Algirdas Butkevichyus, und Großbritannien ...

In der Erklärung heißt es, dass der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen in Belarus, die Abstimmung am 9. August und die Auszählung der Stimmen „nicht den internationalen Wahlstandards entsprechen, mit massiven Verstößen gegen die Rechte und Freiheiten der Bürger durchgeführt wurden und nicht die freie Meinungsäußerung des belarussischen Volkes widerspiegeln“.

Darüber hinaus verurteilt das Dokument die Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten in den Städten von Belarus. Die Behörden des Landes fordern die sofortige Freilassung aller „illegal inhaftierten Teilnehmer an friedlichen Versammlungen“ und bestehen auf dem baldigen Beginn eines friedlichen Dialogs zwischen den Parteien des Wahlprozesses.

Die Unterzeichner würden auch „eine unabhängige Untersuchung des Gewaltmissbrauchs gegen Teilnehmer an friedlichen Versammlungen begrüßen; ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen, den Dialog zwischen den Teilnehmern des Wahlprozesses zu erleichtern und eine Plattform für solche Verhandlungen zu schaffen.“

Schließlich warnt die Erklärung Russland davor, sich in die inneren Angelegenheiten

Weißrusslands einzumischen.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node\\_pic/public/pase\\_i\\_sovet\\_evropy\\_0.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/pase_i_sovet_evropy_0.jpg)

### rusvesna.su: **Die belarussische Opposition äußerte grundlegende Forderungen**

Die Hauptforderung der Demonstranten in Belarus ist der Rücktritt von Alexander Lukaschenko und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Eine Kollegin der Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja, Mitglied des Hauptquartiers der Gemeinsamen Opposition, Maria Kolesnikowa, sagte dies bei einer Kundgebung in Minsk.

„Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie derjenigen, die bei friedlichen Kundgebungen und Protestäußerungen inhaftiert worden sind. Viktor und Eduard Babariko, Sergej Tichanovskij, Pawel Sewerinez, Nikolaj Statkewitsch, Igor Losik, alle politischen Gefangenen und die 4.000 Personen, die noch im Gefängnis sind - alle müssen sofort freigelassen werden“, sagte sie.

Die Hauptforderung der Demonstranten ist laut Kolesnikowa der Rücktritt des „ehemaligen Präsidenten“ Alexander Lukaschenko.

„Nach zahlreichen Aussagen und Feststellungen hat Swetlana Tichanowskaja am 9. August die Wahlen gewonnen. Lukaschenko ist nicht nur die Hauptbedrohung für das belarussische Volk, sondern auch für die Unabhängigkeit des Landes. Wir wissen, dass das Regime bereit ist, alles zu tun, um die Macht zu behalten“, sagte sie.

Kolesnikowa sagte auch, dass Vertreter der Opposition die Einleitung eines Strafverfahrens über die Tatsachen des Todes von Demonstranten und deren Misshandlung durch Strafverfolgungsbeamte fordern werden.

„Jeder, der Gewalt gegen Demonstranten oder Passanten auf der Straße, in Transportfahrzeugen und anschließend auf der Polizeiwache und im Untersuchungsgefängnis angewendet hat, sollte gemäß dem Gesetz der Republik Belarus zur Rechenschaft gezogen werden!“, betonte sie.





[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/minsk\\_miting.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/minsk_miting.jpg)

### de.sputniknews.com: **Weißes Haus äußert sich zu Berichten über mögliches Putin-Trump-Treffen**

Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Donald Trump, Robert O'Brien, hat am Sonntag in einer Sendung des US-Fernsehsenders NBC News ein mögliches Treffen zwischen Trump und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin kommentiert.

Laut O'Brien haben die Vereinigten Staaten nicht vor, ein Gipfeltreffen mit dem russischen Präsidenten zu veranstalten. Das Weiße Haus hoffe allerdings, dass Moskau ein neues Abkommen über die Waffenkontrolle abschließen werde.

„(...) Wir würden uns freuen, wenn Putin hierhin (in die USA – Anm. d. Red.) kommt und, hoffen wir, den großartigen Deal zur Rüstungskontrolle unterzeichnet, der sowohl die Amerikaner als auch die Russen schützen wird“, zitiert der Sender den Berater.

Eine Teilnahme an einer von Moskau vorgeschlagenen Online-Konferenz zur Iran-Frage habe Washington abgelehnt. An dem Krisen-Gipfel sollten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie Deutschland und der Iran teilnehmen.

Aus O'Brien's Sicht war die Konferenz ein Versuch, „die USA einzuschüchtern“, sodass sie dem „schrecklichen“ Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) wieder beitreten.

„Das machen wir nicht.“

Washington würde gern gute Beziehungen zu Russland haben, „dies hängt aber von den Russen ab“.

„Sie müssen sich entscheiden, wie sie sich in dieser Frage fortbewegen wollen.“ ...

### de.sputniknews.com: **Weißrussische Opposition will Ordnungshüter anklagen**

Eine der führenden oppositionellen Politikerinnen Weißrusslands, Maria Kolesnikowa, soll die Absicht bekanntgegeben haben, wegen Handlungen der Strafverfolgungsbehörden bei Protestaktionen eine Gerichtsklage einzureichen.

Kolesnikowa war Wahlstabsleiterin des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und Ex-Chefs der „Belgazprombank“, Wiktor Babariko. Sie ist auch eine Mitkämpferin von Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja.

„Jetzt fordern wir: die Gewalt sofort beenden“, sagte Kolesnikowa in einem Video, das von dem Portal Tut.by am Sonntag veröffentlicht wurde.

Von den Beamten, die Gewalt gegen Protestler angewandt hätten, sei bisher niemand bestraft worden. Es sei kein Verfahren eingeleitet worden. Inhaftierte Demonstranten bleiben in Gefängnissen.

„Morgen erstatten wir Anzeigen im Zusammenhang mit dem Tod von Menschen, mit allen Fällen der Misshandlung, mit gesetzwidrigen Handlungen der Gesetzeshüter.“ ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/10/327719812\\_0:137:2904:1708\\_1000x080\\_0\\_1\\_3d9ccf1003f0b2936b1e5a9929990a27.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/10/327719812_0:137:2904:1708_1000x080_0_1_3d9ccf1003f0b2936b1e5a9929990a27.jpg)

de.sputniknews.com: **„Es gibt Versuche, unsere Wissenschaftler wegzulocken“ – Russischer Chefvirologe**

Die Mitarbeiter des russischen Gamaleya-Forschungsinstituts, das den ersten Impfstoff gegen Coronavirus in der ganzen Welt entwickelte, werden derzeit nach Angaben des Institutsdirektors, Aleksandr Ginzburg, aktiv „weggelockt“.

„Ja, es gibt solche Versuche, aber es wird ihnen nicht gelingen“, sagte Ginzburg im Fernsehkanal Rossija 1.

Laut dem russischen Top-Virologen arbeitet das Forschungsteam schon seit zehn Jahren im Institut.

„Auf solch ein Forschungsteam kann jede amerikanische oder europäische Universität neidisch werden“, fügte Ginzburg hinzu. ...

rusvesna.su: **Neue Phase des Plans zum Sturz von Lukaschenka angekündigt**

Belarussische Oppositionelle verbreiten in sozialen Netzwerken und Messengern massiv einen neuen Aktionsplan für die nahe Zukunft. Es sollte angemerkt werden, dass dies zuerst von nationalistischen Anhängern des Westens ins Leben gerufen wurde, denen mehr als einmal vorgeworfen wurde, Verbindungen zu Polen zu haben und Geld von ausländischen Strukturen zu erhalten.

„Freunde, der Sonntag war ein unglaublicher Tag, der in die Geschichte von Belarus eingehen wird! Über 500.000 bei Kundgebungen im ganzen Land.

Die Menschen haben ihre Forderungen öffentlich vorgetragen, und die Staatsorgane haben nur noch sehr wenig Zeit, um sie zu erfüllen.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller Gefangenen seit dem Beginn der Wahlen und die Wahrheit über die Vermissten. Wir fordern den Rücktritt von Lukaschenko sowie einen ehrlichen und offenen Prozess gegen die Bestrafer und Sadisten.

Morgen und an den folgenden Tagen, bis die Forderungen erfüllt sind, wird es einen landesweiten Streik geben.

- Wir fordern alle Unternehmen des Landes auf, das zu wiederholen, was sie am Freitag getan haben: einen Generalstreik zu beginnen.

- Wir fordern Arbeitskollektive auf, Streikkomitees zu bilden, die Ihre Interessen offiziell vertreten.

## **Draußen auf der Straße**

- Minsk. 10.00 Uhr. Wenn Lukaschenko zum Minsker Traktorenwerk (MZKT) kommt, fordern wir alle Mitarbeiter anderer Unternehmen auf, sich an Ihre Kollegen zu wenden und sie zu unterstützen. Rufen Sie alles, was Sie über Folter und Mord denken, direkt in sein Gesicht.

- 18.00 Uhr. Die Arbeiter besetzen mit Unterstützung des Restes der Weißrussen den Unabhängigkeitsplatz (zusammen mit der Allee). Als nächstes folgt das Sit-In, mit dem wir zeigen, dass wir jeden Tag bis zum Ende ausharren werden.

- Im ganzen Land, 18.00 Uhr. Arbeiter aller Unternehmen und Einwohner der Stadt gehen ins Zentrum, wo sie zum letzten Mal den Bürgermeister auf die Bühne rufen. Wenn sich der Bürgermeister weigert, die Forderungen der Bevölkerung öffentlich zu unterstützen, haben die Streikkomitees und die Stadtbewohner das Recht, ihn nicht mehr als Macht anzuerkennen. Morgen wird viel entschieden."

Lassen Sie uns betonen, dass viele Experten, einschließlich belarussischer, Befürchtungen äußern, dass die Proteste vollständig von lokalen nationalistischen Gruppen angeführt werden könnten, die hoch organisiert sind und von westlichen Sonderdiensten und anderen ausländischen Einflußstrukturen finanziert werden.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/marsh\\_solidarnosti\\_v\\_minske.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/marsh_solidarnosti_v_minske.jpg)

## **vormittags:**

### **rusvesna.su: Nein zu Russland, ja zum Westen: Belarussisches Oppositionsprogramm veröffentlicht**

Als Reaktion auf Vorwürfe gegen die belarussische Opposition wegen des Fehlens eines kohärenten politischen Programms wurde das Programm im Falle einer Machtübernahme veröffentlicht.

Daher machen wir Sie auf die vorrangigen Maßnahmen aufmerksam, die nach Ansicht der Opposition bis 2021 umgesetzt werden müssen.

1. Im politischen Bereich:

- ◆ Austritt aus dem Unionsstaat, der Eurasischen Union, der Zollunion und anderen von Russland dominierten Integrationsstellen;
- ◆ Verbot pro-russischer Organisationen, deren Aktivitäten den nationalen Interessen zuwiderlaufen, sowie russischer Stiftungen und Organisationen, die solche Strukturen finanzieren;
- ◆ Einführung der strafrechtlichen Haftung für öffentliche Äußerungen, die die Existenz einer



eigenen belarussischen Nation und / oder ihr historisches Recht auf einen eigenen Staat in Frage stellen. Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für öffentliche Beleidigungen der belarussischen Sprache;

- ◆ Überwachung der Aktivitäten kremlfreundlicher Initiativen in Belarus durch die Zivilgesellschaft;

- ◆ Umsetzung der Grenz- und Zollkontrolle an der Grenze zu Russland.

2. Verbot des Verkaufs belarussischer Infrastruktureinrichtungen an russische Unternehmen.

3. Im Informationsbereich:

- ◆ Befreiung unabhängiger Medien von staatlichem Druck und staatlicher Kontrolle, Gewährleistung der Medienfreiheit und der Meinungsfreiheit in Belarus;

- ◆ Verbot der Ausstrahlung von journalistischen, gesellschaftspolitischen und

Nachrichtensendungen in Weißrussland, die von russischen Fernsehsendern erstellt wurden;

- ◆ Aufnahme von obligatorischen öffentlichen Fernsehsendern aus Lettland, Litauen, Polen und der Ukraine in das Standard-TV-Paket;

- ◆ Wiederherstellung der ständigen Aktivitäten des öffentlichen Koordinierungsrates im Bereich der Massenmedien.

4. Im militärischen Bereich:

- ◆ Rückzug aus der CSTO, Rückkehr der vollständigen Kontrolle über Belarus über seine Luft- und Raketenabwehrsysteme;

- ◆ Rückzug russischer Militäreinrichtungen aus dem Gebiet von Belarus - ein

Kommunikationszentrum in Vileika und eine Radarstation in der Nähe von Baranovichi;

- ◆ Stärkung der patriotischen Bildung in der belarussischen Armee;

- ◆ Übersetzung der Bildungsarbeit in der Armee ins Weißrussische;

- ◆ Entwicklung der Grenzinfrastruktur an der Grenze zu EU-Ländern, wodurch die Kapazität von Grenzübergängen erhöht wird.

Langfristige Ziele (bis 2030)

- ◆ Schaffung eines übergreifenden Bildungssystems in belarussischer Sprache vom Kindergarten bis zur Universität;

- ◆ Wiederherstellung der belarussischen autokephalen orthodoxen Kirche als nationale Alternative zum belarussischen Exarchat der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats;

- ◆ Erfüllung aller Kriterien für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO durch Belarus, Einreichung einschlägiger Anträge auf Mitgliedschaft in diesen Strukturen.

All dies wird auf dem Portal zabelarus.com präsentiert, das seit Mitternacht am 17. August besteht.

...

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. August 2020 wurden keine Beschießungen von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.**

de.sputniknews.com: **Nach weiteren Ballon-Angriffen – Israelische Panzer beschießen Hamas-Ziele**

Panzer der israelischen Armee haben als Antwort auf weitere Angriffe mit Brand-Ballons aus dem Gazastreifen Ziele der islamistischen Hamas in dem Palästinensergebiet beschossen. Das teilte das israelische Militär am frühen Montagmorgen mit.

„Im Tagesverlauf waren aus dem Gazastreifen mit Sprengstoff bestückte Luftballons in Richtung Israel geschickt worden. Am Abend desselben Tages hatten Dutzende Palästinenser in Gaza am Sicherheitszaun an der Grenze zu Israel Unruhen angestiftet. Als Antwort haben unsere Panzer soeben Hamas-Beobachtungsstellen in Gaza beschossen“, wird auf der Twitter-Seite der israelischen Armee Zwar hatten militante Palästinenser nach dem Beginn der Corona-Krise davon abgesehen, Ballons aus dem Gazastreifen in Richtung Israel fliegen zu

lassen, an denen Brandflaschen oder Sprengsätze befestigt waren. Anfang August nahm dies aber wieder stark zu. In den vergangenen Tagen hatte es immer wieder neue Ballon-Angriffe gegeben. Die israelische Armee führte mehrere Antwortschläge gegen die militärische Hamas-Infrastruktur.

Das israelische Militär gab ferner bekannt, dass Soldaten in Betlehem einen Terroranschlag in der Nähe der heiligen Stätte des Rahelgrabs vereitelt hatten. Sie entdeckten und beschossen einen Terroristen, der versucht hätte, einen Molotow-Cocktail gegen das Grabmal zu schleudern.

Israel hatte 2007 eine Blockade des Gazastreifens verschärft, die inzwischen von Ägypten mitgetragen wird. Die beiden Länder begründen die Maßnahme mit Sicherheitserwägungen. In dem Gazastreifen am östlichen Mittelmeer leben rund zwei Millionen Menschen unter sehr schlechten Bedingungen. Die Hamas wird von Israel, den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft.

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. August 3:00 Uhr bis 17. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Gleichzeitig wurden folgende Fälle von Verstößen gegen die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt:

Um 12:25 Uhr und um 14:20 Uhr wurde im Gebiet von Schumy die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU festgestellt.

Um 13:40 Uhr und um 17:20 Uhr wurde in Sajzewo (severnoje) je eine Detonation festgestellt, vermutlich aufgrund der Durchführung von technischen Arbeiten.

Um 15:05 Uhr wurden ein Brand von Gras und eine Detonation auf einem Minenfeld durch die BFU in der Nähe von Lebendinskoje bemerkt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

### **de.sputniknews.com: Grüne und FDP: Deutschland muss härtere Gangart gegen Lukaschenko fahren**

Vor dem Hintergrund der Massenproteste in Belarus erwarten die Grünen und FDP von der Bundesregierung eine deutlich schärfere Haltung gegenüber dem Präsidenten Alexander Lukaschenko. Dies teilten die Sprecher der Parteien, Manuel Sarrazin (Grüne) und Renata Alt (FDP), dem „Tagesspiegel“ mit.

„Die Bundesregierung sollte öffentlich erklären, dass Lukaschenko für sie nicht der gewählte Präsident ist“, sagte demnach der Grünen-Bundestagsabgeordnete und Osteuropa-Experte Manuel Sarrazin mit Blick auf die vermutlich gefälschte Wahl.

Er übte Kritik an Berlin und Brüssel, die ihm zufolge immer noch nicht aufgehört hätten, auf den „abgehalfterten Diktator“ Lukaschenko zu setzen. Den Standpunkt, dass damit die Souveränität von Belarus gegenüber Russland gewahrt werden könne, betrachte er als „naiver Irrglaube“.

Die FDP-Abgeordnete Renata Alt warf der Bundesregierung mit Blick auf die Lage in dem Land Untätigkeit vor. Die Reaktion der Bundesregierung sowie der deutschen Kanzlerin sei zu spät gekommen und „enttäuschend“ gewesen, betonte sie.

„Vor der Haustür der EU finden grobe Menschenrechtsverletzungen statt, und Deutschland und die EU schauen zu“, sagte Alt.

Derzeit sei es ihr zufolge wichtig, die friedlichen Proteste in Belarus zu unterstützen und die

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als Vermittlerin ins Spiel zu bringen.

Überdies appellierte sie an Deutschland und die EU-Länder dazu, in Kontakt mit Russland zu treten, um Gewalt in Belarus zu stoppen und sich für faire Wahlen einzusetzen. ...

rusvesna.su/belta.by: **Lukaschenko trifft sich mit Demonstranten im Radtraktorwerk**

In Kürze soll das bereits angekündigte Treffen des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko mit den Mitarbeitern des Minsker Radtraktorwerks (MZKT) im Minsker Radtraktorwerk beginnen.

Es wird davon ausgegangen, dass Lukaschenko während des Treffens Fragen von Demonstranten beantworten wird, die mit den offiziellen Ergebnissen der Wahlen und den harten Aktionen der Polizei in den ersten Tagen nicht autorisierter Proteste auf den Straßen belarussischer Städte unzufrieden sind.

Vor einigen Minuten kam der Präsident mit dem Hubschrauber an.

In der Zwischenzeit fordern oppositionelle belarussische Ressourcen alle Unzufriedenen, einschließlich der Arbeiter anderer Minsker Fabriken, auf, zum MZKT-Eingang zu gehen, um Lukaschenkos Team die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu demonstrieren.

Wir fügen hinzu, dass seit Montagmorgen Kollektive einer Reihe von Unternehmen ihren Freitagstreik fortgesetzt haben: Belaruskali, Minsker Traktorenwerk (MTZ), Minsker Electrotechnisches Werk (METZ), W.I. Koslow', Teil der BelAZ-Gruppe.

#### **Aktualisierung:**

10:30 Uhr: Lukaschenko sprach während eines Treffens mit einem Teil der MZKT-Mitarbeiter über die Streiks in belarussischen Unternehmen.

„Ich weiß, dass einige Leute herumwandern ... Nun, 150 in einem Unternehmen, sogar 200 machen das beeinflussen erstens nicht.

Zweitens muss man verstehen, dass der „schlechte“ Präsident die Arbeit für eine überflüssige Anzahl von Menschen sicherte (gemeint sind momentan nicht benötigte Arbeitsplätze und das Verbot von Entlassungen durch Lukaschenko, A.d.Ü.), damit die Leute nicht auf die Straße geworfen werden. Denken Sie daran.

Wer arbeiten will, soll arbeiten. Wollen Sie nicht arbeiten, wir werden Sie nicht zwingen“, sagte der belarussische Präsident.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1597660168\\_52029\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1597660168_52029_big.jpg)

de.sputniknews.com: **US-Luftstreitkräfte greifen Posten syrischer Armee an – Agentur**

Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Sana hat die US-Armee am Montag einen Luftangriff auf einen Posten der syrischen Armee südlich der Stadt Qamischli durchgeführt.

Der Luftschlag traf eine Blockstelle der syrischen Armee nahe der Siedlung Tell al-Sachab. Zwei Menschen wurden verletzt, ein Offizier kam ums Leben.

Laut Angaben der Zeitung al-Watan versuchte früher eine US-Patrouille in eine Zone einzudringen, die von der syrischen Armee kontrolliert wird. Dazu meldete der Sender Ikhbariya:

„Ein syrischer Offizier ist tot, zwei sind verletzt, nachdem die Militärs eine US-Patrouille nicht durchließen“.

Vorerst hat Washington den Vorfall nicht kommentiert. ...

### **Mzdnr.ru: Am 16. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, da das Labor gewartet und desinfiziert wurde.**

Am 17. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2090 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

971 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1002 als gesund entlassen, es gibt 117 Todesfälle. Mit einer bestätigten COVID-19-Diagnose befinden sich 176 Personen in stationärer Behandlung, 795 in ambulanter Behandlung, 560 Personen sind stationär unter Beobachtung, 1893 in häuslicher Quarantäne. Damit befinden sich insgesamt 2924 Personen unter Beobachtung.

Zum Stand am 17. August wurden Coronavirusinfektionen bei 109 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

### **rusvesna.su: "Geh weg!" - Lukaschenko traf im Werk Minsk mit Demonstranten zusammen**

Das Filmmaterial der Rede des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vor einer Gruppe protestierender Arbeiter des Minsker Radtraktorwerks (MZKT) erschien im Internet. Entgegen den Informationen, die zuvor verbreitet wurden, beschränkte sich Lukaschenko nicht auf ein Treffen mit einem Teil der Belegschaft in einem der Räume des MZKT, sondern ging doch zu den Demonstranten auf dem Gelände des Unternehmens.

Das Filmmaterial zeigt, dass das Publikum dem Präsidenten, der auf dem Podium am Mikrofon steht, "Geh weg!" zuruft.

„Vielen Dank. Ich beantworte diese Frage. Ihr könnt immer noch schreien“, gab Lukaschenko zurück.

„Ich werde es deutlich sagen, aber hört zu und handelt dann so, wie ihr wollt. Das Schlimmste ist Verrat.“, sagte Lukaschenko zu der Menge, die von Zeit zu Zeit vor Missbilligung zusammen begann.

„Wir haben Wahlen abgehalten, es wird keine weiteren Wahlen geben“, betonte der amtierende Präsident von Belarus.

Inzwischen verließ Lukaschenko das Werk auf die gleiche Weise wie er ankam - mit dem Hubschrauber.





[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/protesty\\_vozle\\_mkzt.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/protesty_vozle_mkzt.jpg)

de.sputniknews.com: **Idlib: Explosion trifft Fahrzeug russisch-türkischer Patrouille**

Ein Sprengsatz ist am Montag vor einem Fahrzeug türkischer Militärs im syrischen Idlib detoniert, teilte das Russische Zentrum für die Versöhnung der Kriegsparteien in Syrien mit. Das Fahrzeug war Teil einer gemeinsamen russisch-türkischen Patrouille, es war auf der Autobahn M4 unterwegs.

„Auf dem Weg der Patrouille explodierte in der Nähe eines türkischen Begleitfahrzeugs eine nicht identifizierte Munition. Es gab keine Verletzten unter russischen Militärs“, hieß es von dem Versöhnungszentrum. Ob es Verletzte unter den türkischen Militärs gab, wurde in der Erklärung nicht präzisiert.

Dies war bereits die 22. gemeinsame Patrouille Russlands und der Türkei in der syrischen Provinz Idlib. Seit Mitte März patrouillieren die Militärs die Pufferzone entlang der Autobahn M4, es kommt dabei oft zu Angriffen und Provokationen. Mitte Juli explodierte eine selbstgemachte Bombe auf dem Weg der Patrouille, einige russische und türkische Militärs erlitten dabei Verletzungen.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/11/327721670\\_0:164:1234:831\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_73bb8f28636e75b5cb41b0de5ec2a92a.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/11/327721670_0:164:1234:831_1000x541_80_0_0_73bb8f28636e75b5cb41b0de5ec2a92a.jpg)

### Rusvesna.su: **Ich bin bereit, die Befugnisse des Präsidenten zu teilen – Lukaschenko**

Während eines Treffens mit Mitarbeitern des Minsker Radtraktorenwerks (MZKT) kündigte der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko seine Bereitschaft an, seine Befugnisse als Präsident zu teilen.

Er erinnerte die Demonstranten daran, dass derzeit in Belarus an Optionen für eine Änderung der Verfassung des Landes gearbeitet wird (die Behörden des Landes haben bereits im Frühjahr darüber gesprochen – Red.), die eine Umverteilung der Macht vorsehen.

„Sie können diese Verfassung nicht irgendwem überlassen, weil es Ärger geben würde“, sagte Lukaschenko und fügte hinzu, dass er bereit sei, seine Befugnisse als Präsident zu teilen.

„Aber nicht unter Druck oder durch Straßenproteste“, betonte der Präsident.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/konstituciya\\_belorussiya.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/konstituciya_belorussiya.jpg)

**nachmittags:**

### de.sputniknews.com: **„Heuchelei wie sie im Buche steht“ – Moskau moniert Macrons Appell zur EU-Unterstützung in Weißrussland**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Montag den jüngsten Appell des französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, an die EU, die Teilnehmer an den friedlichen Demonstrationen in Weißrussland zu unterstützen, als „Heuchelei“

kritisiert.

Zuvor schrieb Macron via Twitter, dass die Europäische Union die Mobilisierung zur Unterstützung von Hunderttausenden Weißrussen, die friedlich für die Respektierung ihrer Rechte, der Freiheit und der Souveränität demonstrieren, fortsetzen solle.

„Wann wird er denn die Europäische Union auffordern, die Mobilisierung zusammen mit Hunderttausenden von 'Gelbwesten' fortzusetzen, die sich bei friedlichen Demonstrationen um Respektierung ihrer Rechte, Freiheiten und der Souveränität bemühen? Wann wird denn die Europäische Union aufhören, auf die Bitten der Präsidenten von Mitgliedstaaten zu warten und anfangen, sich initiativ zur Unterstützung von Protestaktionen in ihrem Raum zu mobilisieren?“, entgegnete Sacharowa auf Facebook.

„Heuchelei, wie sie im Buche steht“, fügte sie hinzu.

### **Massenproteste in Weißrussland**

Nach den Präsidentenwahlen in Weißrussland, bei denen der Präsident Alexander Lukaschenko für seine sechste Amtszeit gewählt worden war, ist es im Land zu Massenprotesten gekommen. Schon am Abend nach den Wahlen gingen landesweit Tausende Menschen auf die Straße. Die Demonstrationen waren nicht von den Behörden genehmigt. Die Miliz (die Polizei Weißrusslands) trieb die Protestierenden mit Tränengas, Wasserwerfern und Blendgranaten auseinander.

### **EU verhängt Sanktionen gegen Weißrussland**

Außenminister der EU-Staaten hatten in der letzten Woche laut der Nachrichtenagentur Reuters den ersten Schritt zur Verhängung neuer Sanktionen gegen Weißrussland gemacht. Demzufolge einigten sich 27 Behördenchefs bei einer Videokonferenz, ihre Ministerien mit der Vorbereitung einer schwarzen Liste von Personen zu beauftragen, die von den Sanktionen betroffen würden.

Vor den Gesprächen sagte der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas am Freitag, dass es darum gehen werde, gezielt einzelne Personen zu sanktionieren, die bei angeblichen Wahlfälschungen, aber auch bei Gewalt gegen Demonstranten unrühmlich in Erscheinung getreten seien.



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/32564/53/325645314\\_0:126:3120:1814\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_48b2abf68d6bc2a5df8bd11ef586d428.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/32564/53/325645314_0:126:3120:1814_1000x0_80_0_1_48b2abf68d6bc2a5df8bd11ef586d428.jpg)

### **de.sputniknews.com: Interims-Geschäftsführerin der Niederlande ins russische Außenministerium einbestellt**

Die Interims-Geschäftsführerin der Niederlande, Dominique Kuhling-Bakker, ist ins russische Außenministerium einbestellt worden. Russlands Außenamt erhob Protest aufgrund der Entdeckung eines mutmaßlichen Spionagegeräts im Dienstauto eines russischen Militärattachés.

Am 17. August ist ins Außenministerium Russlands die Gesandte der Niederlande in Russland, also die „chargé d'affaires“, zitiert worden, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Gegenüber der niederländischen Seite wurde ein heftiger Protest bezüglich der Entdeckung der Spionageausrüstung im Dienstauto eines russischen Militärattachés in den Niederlanden erhoben.

„Die holländische Diplomatin wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, unverzüglich ausführliche Maßnahmen zur Prävention ähnlicher Zwischenfälle zu ergreifen, die den Punkten des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen zuwiderlaufen.“ „Solche unfreundlichen Handlungen“ würden ohnehin die komplizierten bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern erschweren.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32742/36/327423603\\_0:114:3268:1882\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_ac88e2ea2854d84afb538269e70ea557.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32742/36/327423603_0:114:3268:1882_1000x0_80_0_1_ac88e2ea2854d84afb538269e70ea557.jpg)

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17.08.2020**  
Unter Bedingungen der begrenzten Möglichkeit des Einsatzes von Waffen während des geltenden Regimes der Feueereinstellung hat das **Kommando der OOS den Brigadekommandeuren Anweisungen erteilt, zielgerichtet trockenes Gras auf den Positionen der Volksmiliz unter Einsatz von Leuchtmunition und Einrichtungen für geräuschloses Schießen in Brand zu setzen.**

So wurde von uns gestern im Verantwortungsbereich des 501. Bataillons der 36. Brigade im Gebiet von Lebedinskoje die Inbrandsetzung von trockenem Gras festgestellt.

Aber infolge eines deutlichen Wechsels der Windrichtung hat das Feuer die Frontpositionen der Marineinfanteristen erfasst. Während des Brandes ereigneten sich drei Detonationen, vermutlich aufgrund eines Brandes auf einem Minenfeld. Nach vorläufigen Informationen betragen die Verluste unter den ukrainischen Kämpfern einen Toten und einen Verletzten. So hat der Brigadekommandeur Gnatow eine Provokation gegen unsere Republik geplant, aber für seine unmenschlichen Handlungen hat er mit dem Leben und der Gesundheit von Untergebenen bezahlt.

Unsere Quellen im Stab der OOS teilen mit, dass es eine **problematische Situation im 61. mobilen Militärhospital in Mariupol** gibt, deren Lösung der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Kornijtschuk persönlich unter Kontrolle genommen hat.

So wurde nach unseren Informationen inzwischen beschlossen, das 61. Hospital in das 555. Militärhospital der Sanitätskräfte der ukrainischen Streitkräfte umzuwandeln, mit einer neuen organisatorisch-personellen Struktur, bei der 98% des Personals Zivilisten sein werden. So versucht das Verteidigungsministerium der Ukraine, die Ausgaben für den Sold für Ärzte auf ein Viertel zu verringern.

Derzeit beträgt der Anteil von zivilen Stellen im 61. Hospital nur 15%. Unter die Einsparungen fallen mehr als 350 Militärärzte. Den zu Entlassenden wird vorgeschlagen, zur Fortsetzung des Dienstes in das Militärhospital in Odessa versetzt zu werden, oder aus den ukrainischen Streitkräften auszuschneiden und auf eine zivile Stelle im Hospital zu wechseln,



wobei das Gehalt auf ein Drittel gekürzt wird. Falls ein Arzt im Militärdienst bleiben und in Mariupol Dienst tun will, wird ihm vorgeschlagen, auf Sanitätsstellen in der 56.

Panzergranadierbrigade versetzt zu werden, die gerade in der OOS-Zone eingetroffen ist. Die Umbildung und das Fehlen von angemessenen Perspektiven für die Fortsetzung des Militärdienstes hat bei den Ärzten zu Unzufriedenheit geführt, sie haben eine kollektive Eingabe an den Präsidenten Selenskij und den Verteidigungsminister Taran geschickt mit der Forderung, die organisatorisch-personellen Maßnahmen aufzuheben.

Außerdem wird in dem Brief darauf verwiesen, dass trotz der Versprechungen Selenskij keinerlei zusätzlichen Zahlungen an das Personal des 61. Militärhospitals für die Arbeit mit an einer Coronavirusinfektion Erkrankten erfolgt sind, während derzeit im Hospital mehr als 400 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte eine Behandlung wegen Covid-19 durchlaufen.

**Wir haben Informationen erhalten, dass das „Nationale Korps“ eine Rekrutierungskampagne unter Soldaten der ukrainischen Streitkräfte durchführt.**

Nach uns vorliegenden Informationen werden derzeit in geschlossenen Gruppen von Abteilungen des „Nationalen Korps“ in den Regionen der Ukraine Mitteilungen verbreitet mit dem Vorschlag, an ehemalige und aktive Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dort zu arbeiten.

**An die Interessenten werden folgende Anforderungen gestellt: Alter 25-35 Jahre, Kampferfahrung, Geburtsort und langer Aufenthalt in nördlichen Oblasten der Ukraine oder fließende Beherrschung der belorussischen Sprache.**

In den Ausschreibungen wird ein Entgelt von 45.000 bis 80.000 Griwna geboten. **Die zu erfüllenden Aufträge werden nicht erläutert, es wird aber darauf hingewiesen, dass die Arbeit außerhalb der Ukraine erfolgen wird und mit Lebensgefahr verbunden ist.**

Falls ein Bewerber derzeit Militärdienst tut, versprechen die Vertreter des „Nationalen Korps“, bei einer möglichst schnellen Entlassung aus den Reihen der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde der Ukraine zu unterstützen.

**Es ist wichtig anzumerken, dass die Personalorgane der Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte auch Anweisungen erhalten haben, an die Hauptabteilung Personal des Generalstabs detaillierte Liste von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte mit analogen Anforderungen zu schicken:** wohnhaft in den Oblasten Wolyn, Rowenki, Shitomir und Tschernigow des Landes, Beherrschung der belorussischen Sprache sowie Erfahrungen beim Dienst in der OOS/ATO. Außerdem wird in den Anweisungen verlangt,

unter dem Personal eine Befragung durchzuführen, um festzustellen, wie viel im weiteren in privaten Militärkompanien der Ukraine arbeiten wollen.

Wir schließen nicht aus, dass die Aktivitäten zur Verbreitung der Ausschreibungen des „Nationalen Korps“ und die Anweisungen der Hauptabteilung Personal des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte miteinander zusammenhängen und den Zweck haben, militärische Abteilungen privater Militärkompanien zu gründen, um diese nach Belarus zu schicken.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass aus dem „Charkower Morosow-Konstruktionsbüro“ zwei T-64-Panzer unter Begleitung von Vertretern des Industrie und mit verstärkter Bewachung in den Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade geliefert wurden. Derzeit ist die Panzertechnik auf einem Gebiet von Industriecontainern im Gebiet der Eisenbahnstation „Mariupol – Rangierbahnhof“ untergebracht. Im Weiteren wird die Technik in Lagercontainer am westlichen Rand von Sartana verlegt werden.

Nach vorliegenden Informationen ist die Technik in die OOS-Zone gekommen, um Tests von modernisierten Waffen und Lenkeinrichtungen auf dem Tschuguewskij-Übungsplatz durchzuführen.

deu.belta.by: **Lukaschenko verspricht angemessene Reaktion auf Provokationen**

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, betont, dass auf Provokationen und ordnungswidriges Verhalten angemessen reagiert wird. Das erklärte der Staatschef heute

während des Gesprächs mit Mitarbeitern des Minsker Radschlepperwerks, wie ein BelTA-Korrespondent mitteilte.

Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass viele inhaftierte Teilnehmer der Massenunruhen solche Aktivitäten planten und bewusst durchführten, sogar am Wahltag, noch vor der Schließung der Wahllokale. Bei vielen von ihnen wurde festgestellt, dass sie berauscht waren oder unter Drogeneinfluss standen.

„Ich verstehe, dass viele wegen der Situation auf den Straßen beunruhigt sind, dass es Gewalt gab und so weiter und so fort. Auch diese Frage beantworte ich Ihnen. Man brauchte einen Anlass, damit Sie „Geh weg!“ schreien. Das ist ein guter Anlass. Sie wissen, dass ich mich mit allen Fakten befasst habe“, erklärte Alexander Lukaschenko.

Er wies auch auf die Tatsache hin, dass die gewaltsamen Aktionen das Ergebnis von Provokationen einiger Teilnehmer der Straßenunruhen waren und dass einem der Milizionäre die Wirbelsäule gebrochen wurde. „Wir werden auf die Provokationen entsprechend reagieren. Ich habe vor diesen Ereignissen gebeten: Provozieren Sie die Sicherheitskräfte nicht. Sie werden ihre Familien schützen, die heute durch soziale Netzwerke unter Druck stehen“, sagte der belarussische Präsident.

Der Präsident unterstrich, die Behörden seien nicht daran interessiert, die Lage im Land zu destabilisieren. Das sei von anderen initiiert worden.

Ihm zufolge würden die Ordnungskräfte zur Gewährleistung der Sicherheit eingesetzt.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1597665296\\_52039\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1597665296_52039_big.jpg)

### **tass.ru: Der belarussische Informationsminister glaubt, dass die Fortsetzung der Proteste zum Verlust des Landes führen könnte**

Igor Lutschik besuchte am 17. August das TASS-Büro in Minsk

Der belarussische Informationsminister Igor Lutschik sagte, dass die Fortsetzung der gegenwärtigen Proteste zum Verlust des Landes führen könnte.

„Wenn alles so weiter läuft, werden wir das Land verlieren“, antwortete er auf eine Frage eines TASS-Korrespondenten während seines Besuchs im Büro der Agentur in Minsk am Montag. „Du musst bis zum Schluss ein Kämpfer sein“, fügte Lutschik hinzu.

Am Montag traf der Minister bei der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA ein, in der sich auch das TASS-Büro befindet. Er ging ins Büro und erkundigte sich nach den Arbeitsbedingungen: „Sind die Tass-Leute noch am Leben?“

Danach ging der Minister zu einem Treffen mit den BelTA-Mitarbeitern. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Proteste im Land hörte die Arbeit der größten staatlichen Nachrichtenagentur in Belarus nicht auf.



[https://photonews4.cdnvideo.ru/width/1020\\_b9261fa1/tass/m2/uploads/i/20200817/5703853.jpg](https://photonews4.cdnvideo.ru/width/1020_b9261fa1/tass/m2/uploads/i/20200817/5703853.jpg)

### de.sputniknews.com: **EU-Parlament erkennt Lukaschenko nicht als gewählten Präsidenten an und fordert Neuwahlen**

Die führenden politischen Parteien des EU-Parlaments haben am Montag in einer Mitteilung zu neuen „freien“ Wahlen in Weißrussland aufgerufen.

„Die Präsidentschaftswahl am 9. August waren weder frei noch gerecht. Glaubwürdige Berichte deuten auf den Wahlsieg von Swetlana Tichanowskaja hin. Darum erkennen wir Alexander Lukaschenko als einen gewählten Präsidenten nicht an und betrachten ihn als Persona non grata in der Europäischen Union“, heißt es in der Mitteilung.

Außerdem unterstützten die führenden Parteien des EU-Parlaments die Entscheidung der Außenminister der EU-Länder, zusätzliche personale Sanktionen gegen diejenigen Spitzenpolitiker zu verhängen, die sich an Gewaltaktionen gegen Demonstranten während der Proteste beteiligt hatten.

„Wir begrüßen die Entscheidung der EU-Außenminister, alle Beamten auf die schwarze Liste zu setzen, die für Gewalt und Wahlfälschung verantwortlich sind. Wir rufen zu einer schnelleren Zusammensetzung dieser Liste auf“, heißt es weiter in der Mitteilung.

Gestern hatte auch der tschechische Regierungschef Andrej Babis die EU-Länder dazu aufgerufen, die Bürger in Belarus zu ermutigen, einen Regimewechsel nach dem Vorbild der Samtrevolution von 1989 zu wagen. ...

### **Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 17. August 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK keine Feuerprovokationen von Seiten der BFU festgestellt.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Resonanz um die Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten ukrainischen Kämpfer, die den Tod eines Soldaten der Volksmiliz nach sich gezogen hat, hat das beunruhigte ukrainische Kommando die

**Informationsaktivitäten zur Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit** verstärkt. Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur der OOS den Gruppen für informationspsychologische Operationen befohlen, Falschmeldungen über den schlechten moralisch-psychischen Zustands der Soldaten der Republiken, was zur Zunahme von Fällen von Verlassen der Positionen führe, zu verbreiten.

Nach Erhalt dieser Anweisungen haben Propagandisten der Kräfte für informationspsychologische Operationen über kontrollierte Informationsressourcen und soziale Netzwerke und Telegram-Kanäle **Falschinformationen über den Übergang eines**

**Soldaten der Volksmiliz der LVR auf die Seite der ukrainischen Streitkräfte verbreitet** sowie über die Schaffung von Sperreinheiten in den Republiken, um die Desertion von Soldaten zu verhindern.

Das Kommando der Volksmiliz erklärt verantwortlich, dass alle derartigen Mitteilungen Desinformationen sind. Wir schließen nicht aus, dass diese billigen Falschmeldungen im weiteren von verlogenen ukrainischen Massenmedien übernommen werden....

deu.belta.by: **Lukaschenko: Die Staatsmacht wird nie fallen**

Die Staatsmacht wird nie fallen. Das erklärte der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, während des Besuchs des Minsker Radschlepperwerks, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

„Sie (Gegner der Staatsmacht in Belarus – Anm. BelTA) vergifteten Menschen mit sozialen Netzwerken. Und einige Leute haben sie Meinung, es gäbe keine Staatsmacht, die Staatsmacht sei gefallen. Die Staatsmacht wird niemals fallen. Sie kennen mich. Und wir werden uns mit ihnen befassen. Wir müssen uns nur gedulden“, erklärte der Staatschef.

„Es könnte jedoch ein Moment kommen, in dem man nicht mehr geduldig bleiben sollte. Wir hören den Klang von Panzerketten. Ich sehe es. Sie haben den richtigen Moment gewählt. Sie haben diese Situation nur provoziert, um uns dazu zu bringen, unsere Militärs zur Lösung innenpolitischer Probleme einzusetzen. Wer kann heute garantieren, dass die Kräfte, die von außen kommen, uns nicht beeinträchtigen? Putin und ich teilen die Ansicht, dass mit dieser Aktivität ein bestimmtes Ziel verfolgt wird“, fügte der Präsident hinzu.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1597666327\\_52040\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1597666327_52040_big.jpg)

rusvesna.su: **Die Ukraine hat ein weiteres Abkommen mit Russland beendet**

Die ukrainische Regierung kündigte das seit Oktober 1992 geltende Abkommen mit Russland über die gegenseitige Einrichtung von Handelsmissionen.

Dies gab die erste stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Jemina Dshaparowa, bekannt.

„Heute wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des Ministerkabinetts der Ukraine beschlossen, das seit Oktober 1992 geltende Abkommen zwischen der Regierung der Ukraine und der Regierung der Russischen Föderation über die gegenseitige Einrichtung von Handelsmissionen zu kündigen“, schrieb Dshaparowa auf ihrer Seite in sozialen Netzwerken. Sie erklärte, dass dieses Abkommen im Kontext des gegenwärtigen Standes der Beziehungen zwischen den beiden Ländern seine praktische Bedeutung verloren habe und „die nationalen Interessen nicht erfülle“.

„Diese Entscheidung ist ein logischer und konsequenter Schritt der ukrainischen Regierung“,



fasste die stellvertretende Ministerin zusammen.

Wir erinnern daran, dass die Ukraine zuvor das Memorandum mit Russland über die Zusammenarbeit von Staaten im Kampf gegen den Terrorismus beendet hat.

### **Mgblnr.org: Mitarbeiter des SBU planen eine Sprengung der Eisenbahn im Lugansker Land, um die LVR der „Diversion“ zu beschuldigen.**

Das Minister für Staatssicherheit der LVR hat im Rahmen von operativen Fahndungsmaßnahmen festgestellt, dass der SBU geplant hat, die Eisenbahngleise in einem von den Kiewer Truppen besetzten Bezirk des Lugansker Landes durchzuführen. Nach vorliegenden Informationen hat eine Gruppe von Mitarbeitern des SBU und sie begleitende Mitarbeiter der „Ukrainische Eisenbahn“ Ende Juli-Anfang August einzelne Abschnitte des Eisenbahnnetzes des Lugansker Landes untersucht haben, um einen passenden Abschnitt zur Installation einer Sprengeinrichtung zu finden. Es wurde festgestellt, dass alle Arbeiten unter allgemeiner Führung des Oberst des SBU Alexej Eduardowitsch Rykow erfolgten.

Die Sprengung der Eisenbahn wollen wie ukrainischen Spezialdienste als „Diversion“, angeblich durch Vertreter der militärischen Einrichtungen der LVR, ausgeben. Die Desinformationen über die „Diversion“ an der Eisenbahn planen der SBU und die politische Führung der Ukraine als großangelegte Propagandakampagne zu nutzen, um von der in Minsk erreichten Vereinbarung über eine Feuereinstellung Abstand nehmen zu können. Außerdem soll die Verbreitung der Desinformation über einen Terrorakt nach Meinung der Führung des SBU die Einwohner des von Kiew kontrollierten Teils des Donbass von der Richtigkeit der Entscheidung über die Absage der Kommunalwahlen aufgrund der „Unsicherheit“ überzeugen.

### **de.sputniknews.com: Gemeinsame Übungen der USA und Israels: Vorbereitung auf Kampf gegen iranische S-400-Systeme?**

Die USA und Israel bereiten sich auf ein Szenario vor, bei dem Russland dem Iran Fla-Raketenkomplexe S-400 „Triumph“ verkaufen könnte. Darüber schreibt das Portal „Breaking Defense“ am Sonntag. Es hebt hervor, dass der Erwerb von S-400-Anlagen durch Teheran möglich sei, wenn das Waffenembargo gegen den Iran aufgehoben werden sollte.

Die Autoren des Beitrags verweisen darauf, dass das US-amerikanische und das israelische Militär zuvor gemeinsame Übungen durchgeführt hatten, deren Ziel es war, die Fähigkeiten von Jagdflugzeugen F-35 zur Bekämpfung von Luft- und Bodenzielen zu vervollkommen. Eine Taktik dieser Art könne im Falle einer Konfrontation mit S-400-Anlagen angewendet werden, heißt es.

Teheran hätte bereits 2019 versucht, mit Moskau über den Kauf von „Triumph“-Anlagen zu verhandeln, jedoch eine Absage erhalten, so "Breaking Defense". Analytiker sind dennoch der Auffassung, dass eine Aufhebung des Waffenembargos gegen den Iran immer wahrscheinlicher werde. Gleichzeitig könnte die Zusammenarbeit der beiden Länder im Militärbereich verstärkt werden.

Die iranischen Behörden hatten im vorigen Jahr die Möglichkeit eines Erwerbs von S-400-Anlagen nicht ausgeschlossen. Der russische Föderale Dienst für militärtechnische Zusammenarbeit erklärte in diesem Zusammenhang, Russland sei bereit, solche Flugabwehrsysteme zu liefern, aber Teheran habe bisher keine diesbezüglichen Kaufanträge gestellt.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/11/327723299\\_0:191:3090:1863\\_1000x080\\_0\\_1\\_0184ab18ef1a8bf84583eaf0997ad498.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/11/327723299_0:191:3090:1863_1000x080_0_1_0184ab18ef1a8bf84583eaf0997ad498.jpg)

### Rusvesna.su: **Vierter Plan zum Sturz von Lukaschenko veröffentlicht**

Die belarussische Opposition hat einen weiteren, bereits vierten Plan zum Sturz des Präsidenten veröffentlicht.

Es sieht radikalere Maßnahmen als vor als bisher.

#### **Minsk**

- Um 18:00 Uhr gehen alle Arbeiter zum Unabhängigkeitsplatz, wo sie im Namen der Streikkomitees unsere Forderungen der Bevölkerung vorbringen und einen Sitzstreik beginnen. Wir alle kommen, um sie zu unterstützen.

- Gegen 20:00 Uhr fahren wir vom Unabhängigkeitsplatz in die Akrestsin-Straße (zum Untersuchungsgefängnis in der Wolodarskowo-Straße), um die Freilassung aller Inhaftierten und politischen Gefangenen zu fordern. Wir bitten Ärzte sowie Mitarbeiter von Medien, zuerst hineinzugehen und auf Sendung zu zeigen, was dort passiert. Und auch die Opfer zu interviewen.

#### **Andere Städte**

- Gehen Sie bis 18:00 Uhr mit den Arbeitern zu den zentralen Plätzen und rufen Sie den Leiter Behörden herbei. Sie fordern von ihm, die Forderungen der Bevölkerung zu unterstützen. Wenn er sich weigert, haben Sie das Recht, ihn von der Macht zu entfernen. Setzen Sie sich dann mit dem Koordinierungsrat und dem Nationalen Streikkomitee in Verbindung. Wir gehen bis zum Ende.

### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der DVR am 17. August 2020**

Die Untätigkeit von Seiten des ukrainischen Kommandos führt dazu, dass die Zahl der Fälle des Einsatzes von Drohnen ständig zunimmt, was eine grobe Verletzung eines Punkte der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands ist, nämlich des Verbots zur Nutzung jeglicher Art von Fluggeräten.

Im Zeitraum vom 27. Juli bis zum 17. August 2020 haben wir fünf Fälle des Einsatzes von Drohnen von Seiten der 24., 53. mechanisierten, der 35. und 36. Marineinfanteriebrigade festgestellt.

Auch der heutige Tag ist keine Ausnahme, unsere Beobachter haben den sechsten Fall des Einsatzes einer Drohne festgestellt.

Im Gebiet von Talakowka wurde ein Quadrokopter vom Typ „Mavic 2“ bemerkt, mit dessen Hilfe die Kämpfer der 36. Brigade die Tarnung ihrer Positionen kontrolliert haben und einen Versuch unternommen haben, Aufklärungsaktivitäten im Gebiet von Kominternowo

durchzuführen.

Die Einheiten der Volksmiliz haben den Gegner beobachtet und dabei streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten, ohne auf die Provokationen des Gegners einzugehen.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus wurde die ukrainische Seite rechtzeitig von uns über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. Wir erinnern daran, dass durch den zusätzlichen Komplex von Maßnahmen zur Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung ein vollständiges Verbot zum Einsatz aller Arten von Drohnen vorgesehen ist und dass die Tatsache, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte keine rechtzeitigen Maßnahmen ergreift und die Schuldigen nicht bestraft die Schaffung von Bedingungen für eine Verschärfung der Lage befördert.h

### de.sputniknews.com: **Luftangriff auf syrische Soldaten: US-geführte Koalition dementiert Vorwürfe**

Die Militärkoalition unter Führung der USA hat keine Angriffe auf Positionen der syrischen Armee geführt. Dies teilte das US-Kommando mit.

Zuvor hatte das syrische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die US-Luftwaffe das syrische Militär angegriffen habe, nachdem die Syrer sich geweigert hätten, eine Koalitionspatrouille in ein Gebiet außerhalb ihrer Kontrolle zu lassen, wodurch eine Person getötet und zwei verletzt worden waren.

Dem US-Kommando zufolge führten die Soldaten der Koalition am Montagmorgen zusammen mit den Kämpfern der „Demokratischen Kräfte Syriens“ Routinepatrouillen im Rahmen des Kampfes gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS, Daesh) durch. Nahe der Siedlung Tal al-Zakhab fuhren sie zu einem Kontrollpunkt, der von „Kräften, die das syrische Regime unterstützen“, besetzt war.

„Nachdem die Soldaten, die das syrische Regime unterstützen, die Erlaubnis zum sicheren Durchgang erteilt hatten, geriet die Patrouille unter Beschuss von Personen, die sich in der Nähe des Kontrollpunkts befanden. Zur Selbstverteidigung eröffneten auch die Koalitionssoldaten das Feuer“, heißt es in der Erklärung.

Ferner teilte das US-Kommando mit, dass keiner der Koalitionssoldaten verletzt worden sei. Allerdings werde dieser Vorfall jetzt genau untersucht.

### Rusvesna.su: **Die Ukraine hat ihren Botschafter aus Weißrussland zurückgerufen**

Die Ukraine rief ihren Botschafter aus Minsk zu Konsultationen zur Bewertung der Aussichten für weitere Beziehungen zu Belarus. Dies erklärte der ukrainische Außenminister Dmitry Kuleba am Montag, den 17. August.

„Am vergangenen Freitag hat das offizielle Minsk die inhaftierten ‚Wagneraner‘ trotz aller rechtlichen und moralischen Einwände an Russland übergeben, statt sie der Ukraine zu übergeben. Dieser Schritt hat das Vertrauen zwischen unseren Ländern untergraben und unsere bilateralen Beziehungen schwer getroffen“, sagte der Chef des ukrainischen Außenministeriums.

Kuleba bemerkte auch, dass der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko die Ukraine wiederholt und völlig unbegründet beschuldigt habe, unfreundliche Schritte gegen Weißrussland unternommen zu haben.

Darüber hinaus gefährde die mögliche Beteiligung Russlands an der Lösung der Situation in Belarus sowohl die persönliche Sicherheit der Bürger des Landes als auch die regionale Sicherheit im Allgemeinen.

„Die Kombination von Fakten und Handlungen sowie die Entwicklung der Ereignisse in Belarus, deren Gesellschaft ein Misstrauensvotum gegen die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus zum Ausdruck gebracht hat, verändern die Situation in den belarussisch-ukrainischen Beziehungen radikal. Vor diesem Hintergrund habe ich beschlossen, den Botschafter der Ukraine in Weißrussland, Igor Kisim, zu Konsultationen in

Kiew zu rufen, um die Aussichten der belarussisch-ukrainischen Beziehungen in der neuen Realität zu bewerten, die sich unter Berücksichtigung der gesamten Bandbreite von Faktoren entwickelt hat.

Dies ist das erste Mal in der Geschichte, dass wir in den Beziehungen zu Belarus auf einen solchen Schritt zurückgreifen, und wir tun dies ausschließlich aufgrund der inakzeptablen Handlungen von Minsk“, betonte der Minister.

Kuleba fügte hinzu, dass die Ukraine ihre nationalen Interessen hart verteidigen werde. Gleichzeitig werde die Einberufung des Botschafters zu Konsultationen in keiner Weise die Fähigkeit beeinträchtigen, die Rechte und berechtigten Interessen der ukrainischen Bürger auf dem Gebiet von Belarus zu gewährleisten.

„Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie daran erinnern, dass das ukrainische Außenministerium im Zusammenhang mit der Verschärfung der Sicherheitslage in Belarus bereits empfohlen hat, nicht in dieses Land zu reisen. Das Außenministerium rät denjenigen, die bereits in Belarus sind, Massenergebnisse und Orte von Bürgerversammlungen zu meiden“, betonte er.

*Hinweis:* Die Einberufung des Botschafters zu Konsultationen in der Hauptstadt ist eine der Formen der diplomatischen Reaktion, mit der Unzufriedenheit mit der Politik oder den unfreundlichen Handlungen eines ausländischen Staates gezeigt wird, in dem dieser Botschafter akkreditiert ist.

#### **abends:**

de.sputniknews.com: **Russische Su-27 fangen US-Flugzeuge zweimal am heutigen Tag ab**  
Wegen ausländischer Flugzeuge über der Ostsee und dem Schwarzen Meer sind russische Jets laut dem Nationalen Zentrum für Verteidigungsverwaltung zweimal in die Luft aufgestiegen. Überwachungssysteme sichteten demnach ein Flugobjekt über neutralen Gewässern der Ostsee. Eine Suchoi Su-27SM der Dienstkräfte der Baltischen Flotte hob deswegen ab. Aus sicherer Entfernung identifizierte die Besatzung des russischen Jägers das Objekt als strategisches Aufklärungsflugzeug RC-135 der US Air Force.

„Nachdem der US-amerikanische Aufklärer gewendet hatte und von Russlands Grenze fortgeflogen war, kehrte der russische Kampffjet zum Heimatflugplatz zurück.“  
Der gesamte Flug der Su-27SM erfolgte streng gemäß den internationalen Regeln zur Nutzung des Luftraums.

Später gab das russische Verteidigungsministerium das Abfangen von drei Maschinen der USA und Großbritanniens über dem Schwarzen Meer bekannt.

Ausländische Militärflugzeuge werden immer häufiger nahe Russlands Grenzen gesichtet. Rund ein Dutzend solcher Vorfälle wurden seit Anfang August gemeldet. Oft werden ausländische Jets über dem Schwarzen Meer sowie über der Barentssee abgefangen.

#### **Rusvesna.su: Das belarussische Gesundheitsministerium gab die Todesfälle während der Proteste bekannt**

Der belarussische Gesundheitsminister, Wladimir Karanik, sagte im Gespräch mit Ärzten, die sich vor dem Ministerium versammelten, dass zwei Menschen während der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen gestorben seien.

Laut Karanik befinden sich noch 158 Menschen in Krankenhäusern, drei von ihnen haben schwere Verletzungen.

Der Minister sagte auch, dass er keine Informationen über das Verschwinden von 83 Menschen habe.

Die Ärzte fordern, dass sie das Gebäude des Zentrums für die Isolierung von Straftätern und des Zentrums für vorübergehende Inhaftierung betreten dürfen, um die inhaftierten Demonstranten zu untersuchen und das Problem ihrer Krankenhauseinweisung zu lösen.



de.sputniknews.com: **Wegen Spionage für Russland verdächtigter Norweger festgenommen**

Ein Staatsbürger Norwegens ist in Oslo festgenommen worden, berichtete die staatliche Rundfunkgesellschaft NRK am Montag. Dem Mann wird Spionagetätigkeit vorgeworfen. Die Festnahme habe am 15. August in einem Restaurant stattgefunden, so NRK unter Berufung auf den Inlandsnachrichtendienst des Landes, PST. Der Verdächtige, etwa in den Fünfzigern, soll sich im Lokal mit einem Mann getroffen haben, vermeintlich einem russischen Agenten.

Die Anklage gehe davon aus, dass der Inhaftierte „über einen langen Zeitraum Kontakt zu einem russischen Agenten“ gehabt habe. In dem Fall sei bisher nur eine Person festgenommen worden.

Der Norweger ist laut der Rundfunkgesellschaft bei der Klassifikationsgesellschaft DNV GL (Det Norske Veritas) angestellt. Ihm werde die Preisgabe von Staatsgeheimnissen vorgeworfen. Ihm drohe eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren.

Der mutmaßliche Täter habe eingeräumt, dass er Geld für Informationen bekommen habe, bestreite jedoch, dass die von ihm übergebenen Daten den nationalen Interessen Norwegens schaden. Die strafrechtlichen Vorwürfe lehne er ab.

Rusvesna.su: **Koordinatoren der Provokation gegen Lukaschenko in Weißrussland festgenommen**

Es wurden drei Personen verhaftet, die während seines Besuchs im Minsker Radtraktorwerk am Montag eine Provokation gegen den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vorbereiteten. Dies gab der belarussische Staatsfernsehsender STV bekannt.

„Die Koordinatoren haben den Arbeitern beigebracht, wie sie sich verhalten und was sie schreien sollen. Drei von ihnen wurden festgenommen. Der Präsident wusste von den bevorstehenden Provokationen im MZKT, beschloss aber hinzugehen. Alles war genau wie in den schriftlichen Handbüchern: Mehrere Leute riefen „Geh weg“, antwortete der Präsident“, heißt es in dem Bericht. ...

rusvesna.su: **Lukaschenko machte eine unerwartete Ankündigung zu den Wahlen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärte, er habe der Opposition bei den Präsidentschaftswahlen eine Nachzählung der Stimmen angeboten.

Nach Angaben des belarussischen Staatsoberhauptes brauchten seine Gegner jedoch Neuwahlen.

„Das ist für sie nicht mehr relevant. Sie brauchen keine Nachzählung, sie brauchen Neuwahlen“, sagte belarussische Staatschef.